

# Das sozialistische Erbe von Rosa und Karl verteidigen!

Trotz Verbot von seiten der Polizei und Absage des PDS-Vorstandes ließen sich am 9. Januar Tausende nicht einschüchtern. 5.000 nahmen *trotz alledem* letzten Sonntag an der Gedenkdemo für Rosa und Karl teil. Das ist ein Erfolg für alle SozialistInnen und für die Linke in der deutschen ArbeiterInnenbewegung.

## Kriminalisierung der Luxemburg-Gedenkdemo

Zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte von Berlin wurde eine Demonstration auf Grund eines Drohbriefes untersagt. Die dubiose Begründung für das Verbot war eine offene Provokation für die Linke. Sinn dieser Übung war für den bürgerlichen Statsapparat eine Kriminalisierung und Schwächung der antikapitalistischen Bewegung.

Wie wenig ernst der Staatsapparat die Drohung nahm, zeigte sich darin, dass die Polizei nicht einmal mit kugelsicheren Westen ausgestattet wurde. Was hätte der Polizeipräsident getan, wenn er vor der Silvesterparty einen ähnlichen Drohbrief erhalten hätte?

Dieses Verbot ist der vorläufige Höhepunkt der in den letzten Jahren vorgenommenen Versuche, die größte antikapitalistische Demonstration in der BRD zu verhindern. Alle Gewalt geht vom Volke aus? Alle Gewalt geht aufs Volk los: Am 9. Januar führte die Polizei 219 Festnahmen durch.

Der traditionelle Gedenktag zu Ehren der beiden Revolutionäre - die wegen der konterrevolutionären Rolle der SPD-Führung 1918/19 in der Novemberrevolution die KPD gründeten - ist den Herrschenden seit Jahren mehr als nur ein Dorn im Auge. Welcher andere deutsche „Politiker“ genießt ein solches Ansehen?

Der Staatsapparat nutzt den Gedenktag auch, um eine weitere staatliche Aufrüstung auf den Weg zu bringen. Die Schikanehandlungen gegen die überwiegend jugendlichen DemonstrantInnen dienen als Vorbereitung für ein schärferes Vorgehen gegen Streiks und Arbeitskämpfe in naher Zukunft.

## Sozialdemokratisierung der PDS

Der Parteivorstand der PDS beugte sich beinahe vorbehaltlos dem Verbot und arbeitete mit ihrer Demobilisierung den Bürgerlichen in die Hände. Gysi, Bisky und Pau verfolgten damit das Ziel, dem Establishment gegenüber ihre Verlässlichkeit und Anerkennung des bürgerlichen (Un-)Rechtsstaates zu beweisen. Außerdem wollen sie nicht mit der Demo und den eigentlichen Ideen des Gedenktages in Verbindung gebracht werden. Die Demo hatte die PDS-Spitze bereits in den letzten Jahren nicht unterstützt. Dabei hätten die PDS-Abgeordneten allein durch ihre Anwesenheit dank ihrer Immunität ein wirksamer Schutz sein können.

Die Parteiführung hätte sich nicht mit Polizeipräsident Saberschinsky und Innensenator Werthebach an einen Tisch setzen dürfen, sondern mit den VertreterInnen der verschiedenen Organisationen, die zur Demonstration aufgerufen hat-

ten. Dort hätte demokratisch diskutiert und entschieden werden müssen, wie die Demo (in erster Linie vor Polizeiübergriffen) geschützt werden kann.

Die Absage der Gedenkfeier von seiten der PDS-Führung steht in einer Reihe mit der Regierungsbeteiligung in Mecklenburg-Vorpommern, der angestrebten Unterstützung von UNO-Kriegseinsätzen und den Thesen für ein neues Parteiprogramm. Die PDS-Führung kriecht genau zu dem Zeitpunkt in den Hintern der bürgerlichen Gesellschaft, zu dem sie sich als einzige, im Bundestag vertretene Opposition gegen die heimliche Große Koalition (ob Sparpaket, Steuerreform oder Bündnis für Arbeit) hervortun könnte.

## Das Godesberg der PDS

Erklärtes Ziel der PDS-Führung ist die Regierungsbeteiligung mit der SPD im Bund ab 2002. Mit dem angestrebten neuen Programm soll dieser Rechtsruck theoretisch untermauert werden. Der Parteitag im April, auf dem die Weichen für ein neues Programm gestellt werden sollen, droht zum Godesberg der PDS zu werden. In den Thesen der Mehrheit der Programmkommission wird der „Sozialismus“ auf eine Bewegungsrichtung reduziert, und nicht länger als grundlegend andere, zu erkämpfende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung verstanden. Die Thesen geben sich der Illusion hin, den Kapitalismus besser managen zu können als die Kapitalisten selber. Mit Forderungen wie der Flexibilisierung der Arbeitszeit oder der Möglichkeit von Bundeswehreinheiten werden Einfallstore für neoliberale Politik geschaffen.

## Neue Arbeiterpartei mit sozialistischem Programm!

Die Erwartungen der arbeitenden Bevölkerung in Rotgrün sind längst enttäuscht worden. Aber die PDS tritt nicht als sozialistische Opposition auf. Sie nutzt ihre Unterstützung nicht, um außerparlamentarischen Widerstand zu organisieren. Stattdessen hat sie auf Kommunal- und Länderebene begonnen, Privatisierungen und Kürzungen mitzutragen.

Um den Kapitalismus abzuschaffen und durch eine sozialistische Demokratie zu ersetzen (nicht durch ein bürokratisches Regime wie in der DDR!), bedarf es einer starken revolutionären, sozialistischen Partei. Die SAV baut eine solche Partei auf.

Heute hat die Arbeiterklasse keine Massenpartei, die ihre politische Vertretung darstellt. Eine neue Massenpartei von ArbeiterInnen wäre ein großer Fortschritt. Die SAV tritt in jeder Situation für die Einheit der Arbeiterklasse in der Aktion ein und wird Ansätze zu einer neuen, breiten Arbeiterpartei unterstützen. Die SAV tritt aber konsequent dafür ein, dass der Kampf für Verbesserungen mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft verbunden wird.

SAV Berlin, Schönhauser Allee 26a, 10435 Berlin.  
Tel. + Fax: 030/ 44 084 29. V.i.S.d.P. Aron Amm

# SAV

## Sozialistische Alternative